



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

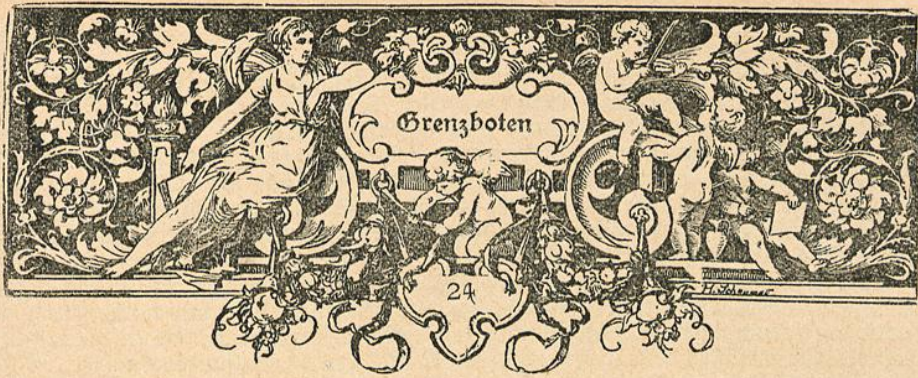
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bruns, Carl Georg: Zur Friedenslage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Friedenslage

Von Carl Georg Bruns



Wenn nicht alles trügt, so ist die Entwicklung des Friedensproblems vor einschneidenden Entscheidungen angelangt. Nicht in dem Sinne, daß die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, die endgültige Liquidation des Krieges und die Einleitung der Friedensperiode bedeuten müssen. Aber doch in dem Sinne, daß der drängende Fluß der gesamten für die Weltlage maßgebenden Kräfte, der seit dem 9. November gewissermaßen in einem großen Staubecken zusammengedrückt war, durch irgend eine Öffnung sich Bahn brechen muß. Wo diese Öffnung gefunden wird, und ob es gelingt, den Fluß der Ereignisse in ein geregeltes Bett sich ergießen zu lassen, oder er planlos mit naturwilder Gewalt Deutschland unter sich begraben wird, das ist die schicksalschwere Frage, vor der wir heute stehen.

Aber die schwere seelische Erschütterung, die die Einsicht, daß die Durchsetzung des Friedens aus eigener Kraft dem deutschen Volke nicht mehr möglich war, eigentlich hätte zur Folge haben müssen, ist das deutsche Volk dank einer Illusion verhältnismäßig leicht hinweggekommen. Die Illusion bestand in der Annahme, daß die Festlegung auf die von Wilson proklamierten Grundlagen des Friedens dem deutschen Volke ein erträgliches Minimum von Existenzmöglichkeiten lassen würde. Diese Anschauung wurde erstaunlicherweise in großem Umfange auch von solchen Kreisen geteilt, die vorher der Anschauung gewesen waren, daß die Möglichkeit eines sogenannten Verständigungsfriedens nicht bestände, sondern daß es sich nur um das grausame Entweder Oder, Sieg oder Niederlage, handeln könne. Trotzdem hat auch noch dem 5. Oktober die Möglichkeit bestanden, auf der Wilsonschen Grundlage zu einem Frieden zu kommen. Nimmt man einmal an — und für diese Annahme sprechen noch immer gewichtige Gründe — daß Wilson nicht ein zynischer Heuchler ist, der seine Friedensideen ausschließlich zur Ubertölpelung des deutschen Volkes proklamiert hat, so muß man sich fragen, unter welchen Umständen die Wilsonsche Friedenspolitik zum Ziel hätte führen können. Sie hätte es können, wenn Wilson auch nach dem Umschwung der militärischen Lage und dem Abfall unserer Bundesgenossen mit einer ins Gewicht fallenden deutschen Widerstandskraft hätte rechnen können. Der Zusammenbruch Deutschlands raubte Wilson seinen besten Bundesgenossen. Von diesem Augenblick an wäre er nur noch durch positive Einsetzung amerikanischer Machtmittel in der Lage gewesen, einen fühlbaren Druck auf die Entente auszuüben. Daß er das nicht wollte und bei der inneramerikanischen Grundlage für seine Politik auch gar nicht konnte, hätte jedem nüchternen Beobachter klar sein müssen.

Für die weitere Entwicklung der Dinge schied Deutschland mit der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen als realer Faktor aus. Es war nur noch Gegen-

stand, nicht mehr handelnde Persönlichkeit in dem Gesamtspiel der Weltpolitik. Die deutsche Revolutionsregierung sah sich vor eine Aufgabe gestellt, deren Schwierigkeit zu schildern, die Worte und Bilder fehlen. So war denn auch ihr erstes Verhalten, auch wenn man von der Revolution und dem Waffenstillstandsabschluß, Ereignisse, über die ein Urteil zu fällen, verfrüht ist, absieht, ein Fehler. Die Regierung tat nichts, sie wartete ab und gab sich der Illusion hin, in der Annahme der Wilsonschen Punkte durch die Entente eine sichere Grundlage für ihre äußere Politik zu haben. Nun darf man aber annehmen, daß auch die Gegenseite damals noch nicht dazu gekommen war, zu dem die kühnsten Erwartungen übersteigenden Umschwung der Dinge eine klare innere Stellung zu gewinnen. Auch hier herrschte Ratlosigkeit. Ratlosigkeit zwar, die in dem alles betäubenden Gefühl des Sieges noch nicht als Qual empfunden wurde. Ratlosigkeit aber doch in der Unmöglichkeit, eine klare und besonders gemeinsame Stellung zu den Schritten zu gewinnen, die in der nächsten Zukunft zu tun waren. In diesem Augenblick bestand für die deutsche Regierung eine Möglichkeit, durch das rasche Auftreten mit positiven Vorschlägen einen entscheidenden Einfluß auf den Gang der Pariser interalliierten Verhandlungen zu gewinnen. Gewiß nur eine Möglichkeit. Aber sie hätte versucht werden müssen. Und es scheint keine ganz utopische Annahme zu sein, daß eigene Vorschläge der deutschen Regierung, die auch nur annähernd so weit wie die jetzigen Vorschläge gegangen wären, das Ergebnis der Pariser Beschlüsse stark beeinflusst hätten.

Der Versuch unterblieb. Und so blieb den Alliierten Zeit genug, in voller Ruhe zur Lage Stellung zu nehmen. Die deutsche Waffenstillstandskommission verstand es nicht, diese Ruhe dadurch zu stören, daß sie den Gegner vor die Notwendigkeit neuer entscheidender Entschlüsse stellte. So warteten wir ab, und wir ertrugen die Lage, soweit uns die innerpolitischen Ereignisse in Deutschland überhaupt Zeit ließen, uns mit der Weltlage zu beschäftigen, in der Hoffnung auf gegnerische Vertragstreue. Unterdessen kam es in Paris allmählich zum Kompromiß zwischen den Alliierten. Bruchstückweise erfuhren wir in Deutschland die einzelnen Forderungen, aus denen der Kompromiß geschlossen werden mußte. Wir lebten der Illusion, daß jeder Kompromiß in der Herabmilderung der sich kreuzenden Forderungen bestehen müsse. Aber als uns die Bedingungen vorgelegt wurden, da mußten wir erkennen, daß der Kompromiß darin bestand, daß die Gesamtheit der gegnerischen Forderungen in kunstvollem Aufbau zusammengetragen war. Es ist nun durchaus richtig, daß gerade die Art, wie der Kompromiß zustande gekommen ist, einen Beweis für die innere Schwäche des Zusammenhalts unter den Alliierten bildet. Es war eben nicht möglich, von den einzelnen Forderungen zugunsten einheitlicher Ziele Abstriche zu machen, ohne daß sich tiefe Risse im Bau gezeigt hätten. Aber wenn diese Schwäche im konstruktiven Gesamtbau der uns gegenüberstehenden verbündeten Gruppe nachträglich die Vermutung rechtfertigt, daß es möglich gewesen wäre, auf die Art des Baues einen Einfluß zu gewinnen, so muß gerade die Einsicht in diese Schwäche den Zweifel erheblich stärken, ob es gelingen kann, jetzt einzelne Teile aus dem Bau herauszulösen.

Die Stellungnahme zu den Friedensbedingungen war und ist in der öffentlichen Meinung Deutschlands im wesentlichen einheitlich, was die sachliche Beurteilung seines Inhalts anbelangt. Versuche, die Bedingungen als erträglich hinzustellen, sind bald aufgegeben, nachdem ihr Inhalt in allen Einzelheiten bekannt wurde. Und die Stellungnahme würde noch einheitlicher sein, wenn die Kenntnis der Bedingungen wirklich Allgemeines wäre. Keine Einheitlichkeit herrscht aber in der Stellungnahme, was zu tun ist. Für die deutsche Regierung mußte es von vornherein ein völlig einwandfreies Ziel geben. Das Ziel nämlich, unter allen Umständen zu verhindern, daß irgendein Friede, den wir innerlich nicht anerkennen können, so abgeschlossen wird, daß es den Anschein erwecken kann, als handle es sich um einen Frieden, der im Wege der Verständigung zustande gekommen sei. Daß das bisherige Verhalten der Regierung

auf einen solchen Verständigungsfrieden geradezu hingewirkt habe, kann man nicht sagen. Man darf aber auch nicht verkennen, daß nicht alle Fäden, die unmerklich zu dieser Gefahr hinführen können, sorgsam abgeschnitten wären. Das Verfahren, den Frieden, weichend der Gewalt unter innerem Protest sofort anzunehmen, wäre das einfachste gewesen, um diese Klippe zu umschiffen. Diesen Weg nachträglich eingehender zu erörtern, führt zu keiner neuen Beleuchtung der Lage. Man wird aber auch zugeben müssen, daß die Regierung den Versuch, zu einem Friedensschluß zu kommen, unter allen Umständen ehrlich machen mußte. Dieß die Regierung sich aber auf Verhandlungen ein, dann durfte man sich unter keinen Umständen zu einer Überstürzung so einschneidender Beschlüsse drängen lassen, wie sie die Abfassung der deutschen Gegenvorschläge bilden. Genau so wenig, wie seinerzeit die Entente deshalb den Waffenstillstand gekündigt hätte, weil Erzberger erklärt hätte, in so kurzer Zeit eine Entscheidung nicht fassen zu können, genau so wenig hätten die Alliierten eine Erklärung Brockdorff-Rantzau, erst in vier Wochen die eingehende Antwort der deutschen Friedensdelegation überreichen zu können, zum Anlaß des Abbruchs der Verhandlungen gemacht. Aber der Fehler ist leider gemacht. Und er ist nicht ohne Einfluß auf die innere Geschlossenheit der deutschen Gegenvorschläge geblieben. Will man den deutschen Gegenvorschlägen gerecht werden, so muß man von folgender Erwägung ausgehen: Zweifellos wäre für die deutsche Regierung der Weg gangbar gewesen, zu erklären, die Friedensbedingungen stellten einen Bruch des feierlichen Abkommens, durch das sich beide Parteien auf die Einhaltung der Wilsonschen Friedensgrundlage geeinigt haben, dar; dieses Abkommen sei daher auch für die deutsche Regierung nicht mehr maßgebend; die deutsche Regierung könne also für ihre weiteren Entscheidungen die Wilsonsche Friedensgrundlage, die den deutschen Lebensinteressen schon an sich nicht gerecht würde, nicht mehr zum Ausgangspunkt nehmen. Die Regierung hat die Verantwortung für die Folgen eines solchen Verhaltens nicht tragen wollen und meines Erachtens mit Recht. Dann blieben zwei Möglichkeiten. Entweder man kam nach alter Diplomatenart mit Vorschlägen heraus, die von den Bedingungen der Entente so weit entfernt waren, daß man hoffen konnte, die Mitte würde für Deutschland erträgliche Bedingungen ergeben. Gerade ein solches Verhalten schloß eine ganz gewaltige Gefahr in sich, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, der innerlich von Deutschland nicht anerkannt werden kann, aber doch eben den Charakter des Verständigungsfriedens trägt. Der Weg, den die Regierung gewählt hat, ist — wir hoffen es jedenfalls — der andere. Man hat sich gesagt: Wir stellen uns auf den Boden der vierzehn Punkte, und wir sind bereit, alles zu tun, um zu einem Ergebnis zu kommen. Wir machen deshalb auf der Grundlage der vierzehn Punkte alle nur irgend möglichen Zugeständnisse. Damit ist aber die äußerste Grenze unseres Entgegenkommens erreicht. Ihr habt die Wahl, durch die Annahme dieser unserer Bedingungen den Weltkrieg zu liquidieren oder dadurch, daß ihr uns zur Ablehnung eures unannehmbaren Friedensvertrages zwingt, eine weltgeschichtliche Entwicklung einzuleiten, deren Ziel ihr so wenig kennt, wie wir. Jede andere Politik ist innerlich erlogen und bringt uns um den letzten Rest von Vertrauen und um den letzten Rest eigenen Glaubens an uns. Der Versuch, das „Unannehmbar“, das die Regierung und in der überwältigenden Mehrheit das Volk mit allem Aufwand von Entschlossenheit aufgestellt hat, nachträglich dahin umzudeuten, daß nur diese Friedensbedingungen, nicht aber andere mehr oder weniger nicht jedoch in allen Grundlagen gemilderte unannehmbar seien, würde unserer moralischen Stellung innerlich und äußerlich den letzten Stoß geben.

Was bedeutet es nun aber, wenn wir jetzt nicht zum Friedensschluß kommen? Die Vertreter des Unterzeichnens um jeden Preis haben damit ganz recht, daß es ruchlos ist, einer Ablehnung das Wort zu reden, ohne sich über die Folgen ganz nüchtern klar zu werden. Wir müssen uns da in erster Linie vor der weitverbreiteten Illusion hüten, als liege es im Interesse und in der Absicht der Entente, uns lebensfähig zu erhalten. Daß auch solche Ansichten innerhalb der

Alliierten verfochten werden, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Ebenso sehr ist es aber zweifellos, daß bei dem Abschluß der uns überreichten Friedensbedingungen diejenigen Stimmen im feindlichen Lager durchgedrungen sind, die die dauernde Unschädlichmachung, die dauernde Ausschaltung Deutschlands zum Ziele haben. Man muß sich eins klar machen. Ein Friede, der Deutschland als Ganzes lebensfähig erhält, muß sich in jedem Hauptpunkte von der Grundlage der gegenwärtigen Bedingungen entfernen. Man kann direkt sagen, er darf allerhöchstens so weit gehen, wie die deutschen Gegenvorschläge. Gerade wenn man sich aber klar macht, daß der Zusammenhalt unter den Alliierten auf durchaus schmalen Grundlage beruht, erscheint es wenig wahrscheinlich, daß bei unseren Gegnern die Stimmen den Ausschlag geben werden, die auf die Erhaltung der deutschen Lebensfähigkeit abzielen.

Walter Rathenau hat jüngst in der „Zukunft“ die Forderung aufgestellt, wenn es nicht gelänge mit den Versailler Verhandlungen zum Ziele zu kommen, dann müsse den alliierten Regierungen sofort das Auflösungsdekret der deutschen Nationalversammlung und die Rücktrittserklärungen des deutschen Reichspräsidenten und sämtlicher Minister überreicht, die Erklärung abgegeben werden, Deutschland verzichte auf jeden aktiven oder passiven Widerstand, der gesamte Behördenapparat stelle sich der Entente zur Verfügung, aber keine deutsche Regierung könne für die Leitung der deutschen Geschicke jetzt noch die Verantwortung übernehmen. Diese Verantwortung läge jetzt der Entente ob. Das weitere müsse man der klar voraussehbaren Entwicklung der Dinge überlassen. Es ist bedauerlich, daß Rathenau verschwiegen hat, wie diese klar voraussehbare Entwicklung aussieht. Meines Erachtens müssen wir uns immer wieder sagen, wenn wir versuchen, eine klare innere Stellung zu gewinnen, daß es völlig ausgeschlossen ist, bei den tausendfachen ineinanderverwickelten Kräften, die zurzeit in der Welt teils schon sichtbar sind, teils erst schwer erkennbar unter der Oberfläche gären, mit auch nur annähernder Sicherheit den Lauf der Dinge vorauszurechnen, den diese oder jene Entscheidung zur Folge haben wird. Man kann nur gewisse Möglichkeiten sehen, und das einzige, was man tun kann, ist zu versuchen, die allerschlimmsten Möglichkeiten abzuschneiden. Eine starke Möglichkeit ist, daß die Entente im Falle des Nichtzustandekommens eines Friedensabchlusses auf den Zerfall Deutschlands hinarbeiten wird. Die starken Begünstigungen, die die westlichen Absonderungsbestrebungen finden, sind doch kaum zufällig. Und ob die Art und das Ausmaß eines etwaigen militärischen Vorgehens gegen Deutschland nicht auch unter diesem Gesichtspunkt erfolgen wird, ist zum mindesten zweifelhaft.

Können wir dieser Gefahr gegenüber etwas tun? Wir können es jedenfalls nicht durch die Annahme von Friedensbedingungen, die in den Grundzügen mit den uns jetzt vorliegenden übereinstimmen. Denn daß die Ausführung dieser Bedingungen eine völlige wirtschaftliche und seelische Verelendung Deutschlands zur Folge haben wird, darüber besteht ein Zweifel nicht. Nun sagen die Verfechter der Annahme um jeden Preis, ein solcher Friede sei auf die Dauer innerlich unholdbar, und er werde einmal einer grundlegenden Revision unterzogen werden müssen. Vielleicht ist das richtig. Aber auch der Zustand, der durch eine planmäßige Zerstückelung Deutschlands herbeigeführt wird, kann Dauer nicht besitzen. Und es kann sehr wohl die Frage gestellt werden, ob nicht die Krankheitskeime, die im letzteren Falle dem Weltorganismus eingeführt werden, die stärkeren sind. Daß allgemein menschlich betrachtet und für das Schicksal des einzelnen Menschen das Elend in Deutschland bei der Annahme der unsere Zukunft vernichtenden Bedingungen auf die Dauer größer sein wird, als bei der Ablehnung, diese Annahme ist durch nichts gerechtfertigt. Entscheidend für die Frage, ob es eine deutsche Zukunft geben wird oder nicht, bleibt in beiden Fällen allein der Wille des deutschen Volkes. Gegen den starken Willen eines in seinen Grundanlagen jugendstarken Volkes und den unerschütterlichen Einheitswillen eines Volkes ist auf die Dauer jede gegnerische Koalition machtlos. Die Frage kann nur sein, unter welchen Bedingungen dieser Wille die relativ günstigen Entwicklungsmöglichkeiten

findet. Daß gerade die Kreise, die einem Friedensschluß in jedem Falle das Wort reden, ihrer grundsätzlichen Weltanschauung gemäß ein eigentliches Nationalgefühl und damit auch einen spezifischen Nationalwillen nicht besitzen können, läßt es doppelt zweifelhaft erscheinen, ob ihr Rezept geeignet ist, für einen neuen Aufbau Deutschlands die Grundlage zu schaffen.

Die bloße Hoffnung auf die innere Haltlosigkeit der kommenden Zustände und auf die kommende Weltrevolution allein tut es nicht. Noch immer ist das deutsche Volk selbst der letztlich entscheidende Faktor für die deutsche Zukunft. Vor welche Entscheidungen die deutsche Regierung in den kommenden Tagen oder Wochen gestellt werden wird, kann niemand voraussagen. Ob sie vor klare, unabwiesbare Alternativen gestellt wird, oder ob sie auch weiterhin die Möglichkeit behalten wird, durch die Art ihres Verhaltens die Entwicklung der nächsten Zeit in, wenn auch geringem Maße, mit zu beeinflussen, kann nur die Entwicklung selbst zeigen. Eins aber ist klar. Die Regierung begehrt Verrat an der deutschen Zukunft, die sich vom Druck äußerer oder innerer Gegenwärtsströmungen davon abhalten läßt, nur das eine Ziel zu verfolgen, dem Zukunftswillen des deutschen Volkes die besten erreichbaren Wachstumsbedingungen zu verschaffen.



Die Bedeutung der baltischen Landwirtschaft für Deutschland

Von Paul von Woedtke,

zweiter Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landwirtschaft¹⁾



ei der Bedeutung der baltischen Provinzen, die diese Gebiete in Zukunft für Deutschland als Nahrungsmittelquelle und als Zufuhrländer, unabhängig von der gegenwärtigen Lage haben können, erscheint es zweckmäßig, die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Baltikums vor Ausbruch und während des Krieges, sowie ihre Entwicklungsmöglichkeit sich vor Augen zu halten.

Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse des Landes stand die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens im allgemeinen auf einer tieferen Entwicklungsstufe als die Landwirtschaft der Ostprovinzen des Deutschen Reiches. Während hier rund 50 Prozent der gesamten Bodensfläche beackert sind, umfaßt das Ackerland im Baltikum nur etwa 24 Prozent der Bodensfläche. Starker Hackfruchtbau und intensive Milchviehhaltung gaben der Landwirtschaft des nördlichen Teiles das Gepräge verhältnismäßig fortgeschrittener Betriebe, während die Landwirtschaft des südlicheren Teiles auf einer extensiveren Stufe stehen geblieben war.

Der Kornbau war infolge der niedrigen Kornpreise seit Jahrzehnten unrentabel. Handel mit Getreide im größeren Maßstabe war ausgeschlossen, da das Land durch keine Agrarzölle geschützt war und durch das Differenzialprinzip, das auf den russischen Eisenbahnen herrschte, Getreideausfuhr nicht in Betracht kam. Die gesamten Erträge hierin blieben im Lande und dienten zum Nutzen der Viehzucht. Ebenso wurde der besonders im Norden stark ausgedehnte Kartoffelbau außer der Spiritusherzeugung für die gleichen Zwecke wie das Getreide verwandt. In etwa 240 Brennereien wurden gegen 36 Millionen Liter Spiritus, d. h.

¹⁾ Verfasser ist ein guter Kenner des Baltikums in Friedenszeiten. Während des Krieges war er u. a. Wirtschaftsbeirat beim Gouvernement Riga und Abteilungsleiter der Landwirtschaftlichen Abteilung bei der Zivilverwaltung der baltischen Lande in Riga. Die Schriftleitung.